

**Niederschrift über die
10. Sitzung des Kreistages (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 13.07.2015 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (öffentlicher Teil).**

Beginn: 17:15 Uhr

Ende: 20:31 Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Scharz

Mitglieder

Herr Walter Bamberg	bis 19:45 Uhr (TOP 7)
Frau Katarina Barley	ab 17:47 Uhr (TOP 5)
Herr Franz Peter Basten	bis 19:45 Uhr (TOP 7)
Herr Wolfgang Benter	
Herr Gerd Benz Müller	
Herr Berthold Biwer	
Herr Alexander Bohr	
Herr Bernhard Busch	
Herr Matthias Daleiden	
Herr Jürgen Dixius	
Herr Dr. Karl Heinz Frieden	ab 17:23 Uhr (TOP 4)
Herr Hartmut Heck	
Herr Bernhard Henter	
Frau Iris Hess	
Herr Michael Hülpes	bis 20:13 Uhr (TOP 7)
Herr Norbert Jungblut	
Herr Dieter Klever	
Herr Sascha Kohlmann	
Herr Andreas Ludwig	
Herr Alfons Maximini	
Frau Dr. Kathrin Meß	
Herr Peter Müller	
Herr Paul Neumann	
Herr Lutwin Ollinger	
Herr Claus Piedmont	bis 19:42 Uhr (TOP 6)
Herr Paul Port	
Herr Bruno Porten	
Frau Sabina Quijano Burchardt	
Herr Walter Rausch	
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis	
Herr Lothar Rommelfanger	bis 20:06 Uhr (TOP 7)
Herr Uwe Roßmann	
Frau Jutta Roth-Laudor	
Frau Marianne Rummel	
Frau Ingeborg Sahler-Fesel	
Herr Wolfgang Schäfer	

Frau Kathrin Schlöder
Herr Helmut Schneiders bis 19:48 Uhr (TOP 7)
Herr Dr. Karl-Georg Schroll
Herr Andreas Steier
Herr Hans Steuer ab 17:41 Uhr (TOP 4)
Frau Simone Thiel
Herr Markus Thul
Frau Edith van Eijck
Frau Alexandra Wagner ab 17:34 Uhr (TOP 4)

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels
Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Verwaltung

Herr Stefan Baldy Abteilung 2 - Zentralabteilung
Frau Martina Bosch Pressestelle
Herr Joachim Christmann Leiter des Geschäftsbereichs II
Herr Christoph Fuchs Büroleiter
Herr Michael Molitor Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und
Verkehr (zu TOP 7), Brandoberinspektor
Herr Rolf Rauland Leiter des Geschäftsbereichs I
Herr Stephan Schmitz-Wenzel Leiter des Geschäftsbereichs III
Herr Johannes Theisen Leiter des Referates 21 - Personalverwal-
tung, Sitzungsdienst

Gäste

Herr Harald Jansen Trierischer Volksfreund
(TOP 1 bis TOP 8)
Herr Dirk Thommes stellvertretender Kreisfeuerwehrinspek-
teur (zu TOP 7)

nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Stephanie Nabinger entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistags, die Vertreter der Medien, die Gäste und Zuhörer sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmten Kreistagsmitglieder Norbert Jungblut und Walter Rausch sind anwesend.

Der **Vorsitzende** informiert eingangs, dass die Kreistagsmitglieder Busch und Benz-
müller fortan nicht mehr der FWG-Kreistagsfraktion angehören, sondern mit Kreis-
tagsmitglied Piedmont eine FDP-Kreistagsfraktion gebildet haben. Zudem habe

Kreistagsmitglied Müller in der vergangenen Woche erklärt, dass er nicht mehr der AfD angehöre, sondern nunmehr als parteiloses Mitglied im Kreistag vertreten sei.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Zu Beginn der Sitzung beschließt der **Kreistag** einstimmig den bisherigen Tagesordnungspunkt 5.20 „Neuwahlen der Mitglieder des Aufsichtsrates der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH“ als neuen Tagesordnungspunkt 5.24 und die Thematik „Neuwahlen der Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsbund Region Trier“ als neuen Tagesordnungspunkt 5.23 zu behandeln. Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Sie wird daher wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

- 1. Mitteilungen des Landrates**
- 2. Einwohnerfragestunde; Vorlage: 0220/2015**
- 3. Benennung eines Mitgliedes für die Nationalparkversammlung
Vorlage: 0209/2015/1**
- 4. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 22.06.2015); Vorlage: 0214/2015/1**
- 5. Neuwahlen; Vorlage: 0216/2015**
 - 5.1. der Mitglieder des Kreisausschusses und ihrer Stellvertreter**
 - 5.2. der Mitglieder des Kreisrechtsausschusses**
 - 5.3. der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und ihrer Stellvertreter**
 - 5.4. der Mitglieder des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien und ihrer Stellvertreter**
 - 5.5. der Mitglieder des Bauausschusses und ihrer Stellvertreter**
 - 5.6. der Mitglieder des Agrar- und Weinbauausschusses und ihrer Stellvertreter**
 - 5.7. der Mitglieder des Sportausschusses und ihrer Stellvertreter**
 - 5.8. der Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und ihrer Stellvertreter**
 - 5.9. der Mitglieder des Umweltausschusses und ihrer Stellvertreter**
 - 5.10. der Mitglieder des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr und ihrer Stellvertreter**

- 5.11. der Mitglieder des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie und ihrer Stellvertreter
- 5.12. der Mitglieder des Werksausschusses für die AöR "Wasserversorgung Saar-Obermosel"
- 5.13. der Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration
- 5.14. der Mitglieder der Versammlung des Zweckverbandes "Abfallwirtschaft im Raum Trier"
- 5.15. der Mitglieder der Versammlung des Zweckverbandes "Wirtschaftsförderung im Trierer Tal"
- 5.16. der Mitglieder der Versammlung des Zweckverbandes "Sparkasse Trier"
- 5.17. der Mitglieder der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Region Trier
- 5.18. der Mitglieder des Verwaltungsrates der Trier.Saarburg-Werke (TSW AöR)
- 5.19. der Mitglieder der Trägerversammlung Jobcenter Trier-Saarburg
- 5.20. der Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Beirates der Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg
- 5.21. der Mitglieder des Kuratoriums des Vereins "Freilichtmuseum Roscheider Hof e.V."
- 5.22. der Mitglieder der Jury zur Verleihung des Kunstpreises
- 5.23. eines Mitgliedes für die Versammlung des Zweckverbandes Verkehrsbund Region Trier
- 5.24. der Mitglieder des Aufsichtsrates der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH
6. Nochmalige Berufung zusätzlicher Mitglieder für den Beirat für Migration und Integration
7. Atomtransporte durch die Region Trier-Saarburg (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 06.03.2015)
Vorlage: 0117/2015/1
8. Informationen und Anfragen

1. **Mitteilungen des Landrates**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die zu Beginn der Sitzung verteilten Mitteilungen (s. Anlage 1)

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

2. **Einwohnerfragestunde; Vorlage: 0220/2015**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf eine Anfrage von Herrn Michael Gansemer vom 06.07.2015 bzgl. des Verlassens der Sitzung des Kreistages am 20.04.2015 durch ein Mitglied des Kreistages sowie auf die dazu ergangene Vorlage der Verwaltung.

Weitergehend erklärt er, dass er die Pflichten des Ehrenamtes nicht als verletzt ansehe, wenn ein Kreistagsmitglied kurzfristig die Sitzung verlasse, um die Toilette aufzusuchen oder wegen anderen Gründen. Ebenso sehe er keine Verletzung dadurch, dass ein Kreistagsmitglied wegen Terminengpässen die Sitzung früher verlassen müsse.

Anders sei die Situation wenn er die Sitzung verlassen müsse, da ein Stellvertreter den Vorsitz weiterführen müsse.

Herr **Gansemer** erklärt, dass er mit seiner Anfrage keineswegs eine Kontrolle der anwesenden Personen bezwecke. Weiterhin erfragt er, ob die Kreistagsmitglieder sich entschuldigen, wenn sie der Sitzung fernbleiben. In der Geschäftsordnung des Kreistages sei dies so vorgesehen.

Landrat **Schartz** informiert abschließend, dass sich die Kreistagsmitglieder, wenn sie den Sitzungstermin nicht wahrnehmen können, vorab zu der Sitzung entschuldigen oder sich entschuldigen lassen.

3. **Benennung eines Mitgliedes für die Nationalparkversammlung**
Vorlage: 0209/2015/1

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Der **Kreistag** spricht sich dafür aus, offen abzustimmen. Von Seiten des Kreistages bestehen keine Fragen. Er fasst sodann den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem einstimmigen Vorschlag des Kreisausschusses zu und benennt Herrn Hartmut Heck aus Züschen als Mitglied für die Nationalparkversammlung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 22.06.2015); Vorlage: 0214/2015/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung, den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion sowie auf die Beratung im Kreis-ausschuss am 29.06.2015. Der Kreis-ausschuss habe eine entsprechende Empfehlung gegen den Antrag ausgesprochen und spreche sich zudem gegen eine Änderung der Hauptsatzung aus.

Auch er teile diese Auffassung und erklärt, dass das Anliegen durchaus nachzuvollziehen sei, gleichermaßen aber andere Bevölkerungsgruppen ebenso diese Rechte geltend machen könnten. Dazu zählt er Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) oder auch Senioren (Seniorenbeirat) auf. Es sei zu befürchten, dass ein solches Anliegen Überhand nehme.

Kreistagsmitglied **Rummel** (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass ein Zu-spruch zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion eine zu-kunfts-fähige und demokratische Entwicklung des gesamten Landkreises fördern könne. Die Fraktion nehme die Neuwahl der Ausschüsse zum An-lass und beantrage deren Modifizierung dergestalt, dass neben den 11 Ausschussmitgliedern und der Stellvertreter ein ständiges beratendes Mit-glied des Beirates für Migration und Integration an den Sitzungen teilneh-me. Verfassungsrechtlich sei dies aus gutem Grunde genau so möglich. Zudem erleichtere es die Arbeit des Beirates für Migration und Integration und gewährleiste, dass der Informationsfluss von den Ausschüssen in den Beirat einfach und reibungslos erfolge. Alle Themen, die die Bürger des Landkreises betreffen würden, würden Menschen mit Migrationshinter-ground, welche im Landkreis leben, ebenso betreffen. Es mache daher kei-nen Sinn und schaffe kein Vertrauen, den Beirat als ständigen Bittsteller auftreten zu lassen, um an einer Ausschusssitzung teilnehmen zu können. Ein direkter Kontakt vereinfache nicht nur die Dinge, sondern spare auch Zeit, könne Missverständnisse vorbeugen, fördere das Demographiever-ständnis auf beiden Seiten und sei zudem kostenfrei. Folgend erinnert sie daran, dass mehr als 10 % der Wähler im Landkreis einen Migrationshinter-ground haben und sich dafür entschieden haben, in Deutschland zu le-ben. Dabei seien viele hochgebildet und verfügten über die doppelte Staatsbürgerschaft. Ein Zusammenleben ohne diese Menschen sei nicht mehr vorstellbar. Auch die CDU-Landesgemeinschaft Migration und In-tegration habe dazu geschrieben, dass den Beiräten eine Schlüsselfunk-tion zukomme, Einwohner mit Migrationshintergrund haben dadurch die Chance sich einzubringen, ihre Bedürfnisse zu nennen und gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten. Die CDU stehe diesen Menschen außer-dem, so heiße es, als etablierte Partei zur Seite. Im Hinblick auf diese Aussage der CDU-Landesgemeinschaft Migration und Integration könne der vorliegende negativ formulierte Beschlussvorschlag nur ein bedauerli-

ches Missverständnis sein. Erst in der vergangenen Woche habe auf Bundesebene ein Symposium zum Thema Migration stattgefunden. Der Bundespräsident sagte dabei deutlich, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Daraufhin zitiert sie den Redebeitrag des Bundespräsidenten. Demnach könne eine neue Gemeinschaft nicht entstehen, wenn die Menschen schweigend nebeneinander herleben. Für Bündnis 90/Die Grünen stehe fest, dass Demographie vom Mitmachen lebe, deshalb bitte sie darum, uns und den Menschen aus anderen Ländern und Kulturen eine gemeinsame Perspektive zu geben. Diese Menschen dürfen nicht ausgeschlossen werden. Ihnen müsse die Gelegenheit gegeben werden, in allen Ausschüssen dabei zu sein und in allen Themen ins Gespräch zu kommen. Es sei sicher, dass alle Beteiligten davon profitieren würden.

Kreistagsmitglied **Kohlmann** (CDU) stellt zu Beginn seines Redebeitrages klar, dass der heutigen Beratung keine Grundsatzdiskussion zugrunde liege und dass der Fortbestand des Beirates nicht Diskussionsgegenstand sei. Der Beirat für Migration und Integration sei eingerichtet worden und solle bestehen bleiben. Um die Einwohnerinnen und Einwohner im Landkreis mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der kommunalen Integrationspolitik zu fördern, sowie ihre Erfahrungen und Kompetenzen zu nutzen, habe der Landkreis einen Beirat für Migration und Integration eingerichtet. Dieser Beirat sei im vergangenen Jahr neu gewählt worden.

Die Wahl sei auf der Grundlage des Rheinland-Pfälzischen Landesgesetzes über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration durchgeführt worden. Mit dem Gesetz wurden die vorherigen Ausländerbeiräte zu Beiräten für Migration und Integration weiterentwickelt und gleichzeitig neue Bestimmungen zur Wahl, Zusammensetzung mit Mitwirkungsbestimmungen der Beiräte erlassen. Ziel der Reform sei es gewesen, den kommunalen Gestaltungsspielraum bei der Wahl der Beiräte zu erhöhen, den Kreis der Kandidaten und Wähler auszuweiten, sowie Möglichkeiten zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund zu erweitern. Dazu sei auch die Hürde einer Mindestwahlbeteiligung von 10 % aufgegeben worden.

Wie bereits von seiner Vorrednerin dargestellt, haben 10 % der gesamten Bevölkerung im Landkreis einen Migrationshintergrund. Tatsächlich seien von diesen 10 % der Gesamtbevölkerung 95 % nicht zur Wahl gegangen und haben von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht. Trotz dieser geringen Wahlbeteiligung kam der Beirat für Migration und Integration zustande. In diesem Beirat werden die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund sowie die Fragen der kommunalen Integrationspolitik erörtert, so Kreistagsmitglied **Kohlmann** (CDU). Der Beirat könne in allen Angelegenheiten beraten, die in seinem Aufgabenbereich liegen würden. Gegenüber den Organen des Landkreises könne er sich hierzu äußern, soweit Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises betroffen seien. Der Beirat solle zu Fragen gegenüber dem Landrat, dem Kreistag oder gegenüber eines Ausschusses Stellung nehmen. Die Hauptsatzung des Landkreises bestimme, in welcher Form die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration in ihrer Aufgabenstellung an Sitzungen des Kreistages oder seiner Ausschüsse teilnehmen können. Die Hauptsatzung sehe eine ständige Teilnahme eines Mitgliedes des Beirates

nicht vor. Dies sei auch nicht im Rheinland-Pfälzischen Landesgesetz über die Einrichtung von kommunalen Beiräten für Migration und Integration gefordert oder gar ausdrücklich gewünscht. Die CDU-Kreistagsfraktion sehe auch deshalb keinen Grund für eine Änderung und der Beirat für Migration und Integration solle, wie in der Vergangenheit und wie andere Gruppen ebenso, bei Bedarf zu den Beratungen des Kreistages und/oder seiner Ausschüsse hinzugezogen werden.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) kritisiert, dass die Wahlbeteiligung an der Wahl des Beirates für Migration und Integration im vorherigen Redebeitrag in den Vordergrund gestellt worden sei. Die Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen, welche auch teilweise erschreckend sei, würde auch nicht in Rede gestellt werden, wenn es um die Daseinsberechtigung eines öffentlichen Amtes gehe. Es habe eine Wahl stattgefunden und ein Beirat sei zustande gekommen. Zudem seien die Hürden der Information über eine Wahlmöglichkeit und den Wahlablauf bei der ausländischen Bevölkerung wesentlich höher, als bei der übrigen Bevölkerung. Es handle sich um eine Wahl analog der Kommunalwahl mit ähnlichen Bestimmungen. Außerdem würden die Wahlberechtigten bei dieser Wahl, größtenteils nicht bei der Kommunalwahl wahlberechtigt sein. Die anderen sozialen Gruppierungen, die bereits schon erwähnt worden seien, würden seitens der SPD-Kreistagsfraktion, je nach Themenbereich, in die Ausschüsse durch Vorschläge der Mitglieder integriert werden. Die SPD-Kreistagsfraktion versuche dadurch ein breites Spektrum der Bevölkerung und der verschiedenen Gruppen abzudecken. Hingegen das Spektrum der Bevölkerung, welches sich in den Migrationsbeiräten abbilde, das könne nicht in den Ausschüssen abgebildet werde, da keine Wahlberechtigung vorliege.

Die Stadt Trier praktiziere seit Jahren das Verfahren, dass ein Vertreter des dortigen Beirates für Migration und Integration an allen Sitzungen teilnehmen dürfe und sogar alle Vorlagen und Informationen, die Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen, vorab zur Kenntnis erhalte und die Möglichkeit für eine Stellungnahme erlange.

Auch für den Landkreis Trier-Saarburg solle eine klare Strukturierung vorgenommen werden und für jeden Ausschuss soll eine Person bestimmt werden, die an den Sitzungen teilnehme. Zudem soll jeweils ein Stellvertreter benannt werden. Eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung bedeute ein Zeichen, dass die Kreispolitik die Wahl des Beirates für Migration und Integration und der Mitglieder des Gremiums ernst nehme und die Menschen in die Arbeit einbinden wolle. Insbesondere im Hinblick auf die zunehmenden Zuwanderungszahlen sei dies wichtig.

Die SPD wünsche sich für die Zukunft, dass alle Menschen, die hier leben, auch eine Wahlberechtigung erhalten. Folgend appelliert Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) an die Kreistagsmitglieder, ein Zeichen des Willkommens und des Miteinanders zu setzen. Die SPD-Kreistagsfraktion spreche sich für eine beratende Tätigkeit aus. Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion, trotz der negativen Beschlussvorlage, zugunsten einer beratenden Mitgliedschaft eines Mitgliedes des Beirates für Migration und Integration in den Ausschüssen des Kreistages zustimmen.

Der **Vorsitzende** informiert, dass der Kreisausschuss zwei alternative Beschlussvorschläge vorgelegt bekommen habe und der Kreisausschuss sich nach ausführlicher Beratung für den heute vorliegenden Beschlussvorschlag entschieden habe.

Fraktionsvorsitzender **Daleiden** (FWG) drückt zwar sein Verständnis für den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion aus, jedoch sehe die FWG-Kreistagsfraktion für diese zusätzliche beratende Funktion in den Ausschüssen des Kreistages keine Notwendigkeit. Der im Antrag geforderte Informationsfluss von den Ausschüssen in den Beirat und umgekehrt, aber auch die Interessenwahrnehmung des Beirats, sei ausreichend gewährleistet. Zur Begründung der Aussage verweise er zunächst auf die Regelungen des § 49 a Absatz 6 Satz 1 und 2 der Landkreisordnung. Dort heiße es, dass auf Antrag des Beirates für Migration und Integration der Landrat Angelegenheiten der Migration und Integration dem Kreistag zur Beratung und Entscheidung vorzulegen habe. Der Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration oder einer seiner Stellvertreter sei zudem berechtigt, bei der Beratung aller Angelegenheiten, die Migration und Integration betreffen, an Sitzungen des Kreistages oder seiner Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen.

Es gebe demnach bereits ein umfangreiches Recht der beratenden Teilnahme des Vorsitzenden des Beirates für Migration und Integration oder einer seiner Stellvertreter. Dieses gesetzlich festgeschriebene Recht sei sogar noch weitergehend, als im Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion gefordert, denn die beratende Teilnahme beziehe sich auf alle Ausschüsse des Kreistages und den Kreistag selbst, also auch auf den Kreisausschuss. Somit hätte die Vorsitzende des Beirates, Frau Meß, die Möglichkeit gehabt, an der heutigen Sitzung des Kreistages mit beratender Stimme teilzunehmen. Es sei zu bedauern, dass Frau Meß nicht anwesend sei, denn gerade ihre Meinung zu der heutigen Beratung hätte ihn interessiert. Zudem sehe er die Interessen des Beirates und den gegenseitigen Informationsfluss dadurch gewährleistet, da im Kreistag neben den gewählten Mitgliedern zusätzlich drei weitere Mitglieder durch die Fraktionen benannt und durch den Kreistag gewählt worden seien. Er selbst gehöre auch zu diesen berufenen Mitgliedern und er verstehe sich als Vermittler zwischen Beirat und Politik. Für ihn sei außerdem klar, dass er die Anliegen, die dort behandelt werden und einer Beratung in anderen Gremien oder einer generellen Klärung bedürfen, an die entsprechenden Stellen oder Ausschüsse herantragen werde. Er setze voraus, dass die anderen durch den Kreistag berufenen Mitglieder das ebenso sehen. Schlussendlich gebe es noch den Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration, der im Prinzip die gleiche Aufgabenstellung wie der Beirat habe und sich u. a. als Sprachrohr der Menschen mit Migrationshintergrund verstehe. Deshalb sei es aus seiner Sicht eher sinnvoll, wenn ein Mitglied des Beirates und umgekehrt ein Mitglied dieses Ausschusses regelmäßig an den jeweils anderen Sitzungen teilnehmen würden. Für eine solche Lösung sei die FWG-Kreistagsfraktion offen.

Abschließend erklärt er, dass die Interessen des Beirates für Migration und Integration und der dadurch betroffenen Bürger bereits auf vielfältige Weise wahrgenommen würden. Aus Sicht der FWG bedarf es deshalb keiner

Änderung der Hauptsatzung.

Kreistagsmitglied **Busch** (FDP) greift den Redebeitrag seines Vorredners auf und erklärt, dass der Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration in der 10. Wahlperiode des Kreistages erstmalig gewählt worden sei, mit dem Hintergrund von diesem Beiratscharakter wegzukommen zu einem vollständigen politischen Äquivalent für die Gleichstellung und die gesellschaftlichen Integration. Das bedeute, das ein verbindendes Element für mögliche Interessen von zu integrierenden Menschen und der Gesellschaft hier geschaffen worden sei. In diesem Ausschuss würden eine Vielzahl von möglichen Themen, die Bezug auf die Migration und Integration haben, zur Diskussion gestellt werden. Von dort aus könnten diese Themen und Beratungsansätze in den Beirat für Migration und Integration transportiert werden. Folgend verdeutlicht er, dass dieser Ausschuss erstmalig im vergangenen Jahr geschaffen worden sei. Die von der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion geforderte zusätzliche Verbindung und Kommunikation sei dort bereits abgebildet.

Insofern sehe die FDP-Kreistagsfraktion für eine Änderung der Hauptsatzung zur beratenden Teilnahme eines Mitgliedes des Beirates für Migration und Integration an den Ausschusssitzungen keine Veranlassung.

Kreistagsmitglied **Kohlmann** (CDU) stellt klar, das die CDU-Kreistagsfraktion den Beirat für Migration und Integration ernst nehme und durchaus gewollt sei, bei Bedarf jederzeit Mitglieder des Beirates zu Beratungen in den Ausschüssen und im Kreistag hinzuzuziehen.

Zudem sehe er keinen Grund, seine Aussage hinsichtlich der geringen Wahlbeteiligung zu kritisieren. Insbesondere, da diese Bevölkerungsgruppe nicht an den Kommunalwahlen beteiligt werden dürfe, müsste das Interesse an dieser Beiratswahl größer sein. Und gerade deshalb sei es umso verwunderlicher, warum die Wahlbeteiligung so gering ausgefallen sei.

Die Mitglieder des Beirates und die Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration seien im Vorfeld zu der heutigen Kreistagssitzung nicht eingeladen worden, so Kreistagsmitglied **Dr. Meß** (Die Linke). Weiterhin bemerkt sie, dass Herr Safak, stellvertretender Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration, sich im Zuhörerbereich des Sitzungssaals befinde. Den Beiratsmitgliedern sei lediglich die Vorlage der Verwaltung für die heutige Sitzung in einer Email als Anlage beigefügt worden. Wenn nun eine förmliche Einladung ergangen wäre, hätten sicherlich weitere Beiratsmitglieder an der heutigen Beratung teilgenommen.

Im Ausschuss für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration sowie im Ausschuss für Soziales und Gesundheit würden permanent Themen der Unterbringung der Flüchtlinge angesprochen und weiter verhandelt werden. Sie sehe eine Selbstverständlichkeit, dass die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration zu diesen Sitzungen eingeladen würden. Es dürfe nicht über die Köpfe der Menschen hinweg über deren Interessen gesprochen werden.

Landrat **Schartz** erklärt, dass sich die Gremien des Landkreises ernsthaft mit den Themenbereichen auseinandersetzen. Zudem verweist er auf die

gesetzlichen Regelungen.

Der Großteil der Migranten komme aus EU-Mitgliedsstaaten und verfüge über ein umfangreiches Wahlrecht, was ebenso eine Wählbarkeit umfasse.

Daraufhin fasst der **Kreistag** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Empfehlung des Kreisausschusses von einer Änderung des § 3 Absatz 4 der Hauptsatzung zur Ergänzung der Ausschüsse des Kreistages um jeweils ein beratendes Mitglied und eines Stellvertreters/einer Stellvertreterin aus dem Beirat für Migration und Integration abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 29 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

5. Neuwahlen; Vorlage: 0216/2015

5.1. der Mitglieder des Kreisausschusses und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Landrat **Schartz** informiert, dass der Kreisausschuss aus 14 Mitgliedern bestehe. Für jedes Mitglied sollen jeweils ein A-Stellvertreter sowie ein B-Stellvertreter gewählt werden.

Zudem weist er auf die als Tischvorlage verteilten Wahlvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 5.1 bis 5.24 und Tagesordnungspunkt 6 hin.

Der **Landrat** stellt fest, dass kein gemeinsamer Wahlvorschlag zustande gekommen sei und informiert über den Hergang der Wahl.

Der **Kreistag** spricht sich dafür aus, über alle Wahlvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 5.1 bis 5.24 und zu Tagesordnungspunkt 6 öffentlich per Handschlag abzustimmen.

Demnach liegen für die Wahl der Mitglieder des Kreisausschusses die folgenden Wahlvorschläge vor:

Mitglied	Stellvertreter A	Stellvertreter B
<u>Vorschlag der CDU</u>		
Henter, Bernhard (MdL)	Steier, Andreas	Dr. Frieden, Karl-Heinz
Thul, Markus	Biwer, Berthold	Wagner, Alexandra
Kohlmann, Sascha	Neumann, Paul	Ollinger, Lutwin
Jungblut, Norbert	Thiel, Simone	Benter, Wolfgang
Heck, Hartmut	Hülpes, Michael	Basten, Franz-Peter
Roth-Laudor, Jutta	Bohr, Alexander	Bamberg, Walter

Vorschlag der SPD

Sahler-Fesel, Ingeborg (MdL)	Rausch, Walter	Hess, Iris
Maximini, Alfons	Dr. Barley, Katarina (MdB)	Roßmann, Uwe
Schäfer, Wolfgang	Rommelfanger, Lothar	Schneiders, Helmut
Steuer, Hans	van Eijck, Edith	Hess, Iris

Vorschlag der FWG

Daleiden, Matthias	Klever, Dieter	Kreisbeigeordneter Reis, Helmut
Schlöder, Kathrin	Porten, Bruno	Kreisbeigeordneter Reis, Helmut

Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen

Quijano Burchardt, Sabina	Port, Paul	Rummel, Marianne
------------------------------	------------	------------------

Vorschlag der FDP

Busch, Bernhard	Piedmont, Claus	Benzmüller, Gerd
-----------------	-----------------	------------------

Vorschlag der Piraten

Dr. Schroll, Karl-Georg	keine Benennung	keine Benennung
-------------------------	-----------------	-----------------

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	20
SPD	11
FWG	5
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
Piraten	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die der **Landrat** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	6 Sitze
SPD	3 Sitze
FWG	2 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz
FDP	1 Sitz
Piraten	1 Sitz

Auf Rückfrage von Kreistagsmitglied **Schroll** (Piraten) weisen der **Landrat** und Büroleiter **Fuchs** auf die Unzulässigkeit der Vorlage gemeinsamer Wahlvorschläge bei der Besetzung der Ausschüsse, die zur Erlangung zusätzlicher Sitze gebildet werden, hin. Ergänzend verweist Büroleiter **Fuchs** auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG vom 10.12.2003 - 8 C 18.03).

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) in den Kreisausschuss gewählt sind:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter A</u>	<u>Stellvertreter B</u>
Henter, Bernhard (MdL)	Steier, Andreas	Dr. Frieden, Karl-Heinz
Thul, Markus	Biwer, Berthold	Wagner, Alexandra
Kohlmann, Sascha	Neumann, Paul	Ollinger, Lutwin
Jungblut, Norbert	Thiel, Simone	Benter, Wolfgang
Heck, Hartmut	Hülpes, Michael	Basten, Franz-Peter
Roth-Laudor, Jutta	Bohr, Alexander	Bamberg, Walter
Sahler-Fesel, Ingeborg (MdL)	Rausch, Walter	Hess, Iris
Maximini, Alfons	Dr. Barley, Katarina (MdB)	Roßmann, Uwe
Schäfer, Wolfgang	Rommelfanger, Lothar	Schneiders, Helmut
Daleiden, Matthias	Klever, Dieter	Kreisbeigeordneter
Schlöder, Kathrin	Porten, Bruno	Reis, Helmut
Quijano Burchardt, Sabina	Port, Paul	Kreisbeigeordneter
Busch, Bernhard	Piedmont, Claus	Reis, Helmut
Dr. Schroll, Karl-Georg	keine Benennung	Rummel, Marianne
		Benzmüller, Gerd
		keine Benennung

Aus dem Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion wurden die folgenden Vorgeschlagenen nicht gewählt:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter A</u>	<u>Stellvertreter B</u>
Steuer, Hans	van Eijck, Edith	Hess, Iris

5.2. der Mitglieder des Kreisrechtsausschusses

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Beisitzer:

Reiter, Franz-Josef
 Theiß, Gundula
 Schommer, Franz-Josef
 Krämer, Gisela
 Bales, Erich

Kanzler, Renate
Schleimer, Yvonne
Disch, Oswald
Lehnen, Klaus
Scherf, Hans-Joachim
Köhnen, Karl-Heinz
Heib, Alexander
Hess, Iris
Gorges, Johannes
Treitz, René
Wagner, Matthias
Weitzel, Willi
Spanier, Uwe
Momper, Hermann-Josef
Kirchartz, Uwe
Rommelfanger, Erwin
Köbernik, Doris
Schiwek, Peter
Philippi, Horst
Koster, Liane
Müller, Peter
Dr. Meß, Kathrin
Dr. Schroll, Karl-Georg

5.3. der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Der **Landrat** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag und die darin dargestellten Änderungen zur ursprünglichen Besetzung hin. Auf seine Rückfrage hin, werden keine weiteren Wahlvorschläge vorgebracht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied:

Jungblut, Norbert
Kohlmann, Sascha
Neumann, Paul
Ollinger, Lutwin
Thiel, Simone
Rommelfanger, Lothar
Rausch, Walter
Zehren, Stephanie
Holstein, Michael
Michels, Mechthild
Hermesdorf, Bernd

als Stellvertreter:

Roth-Laudor, Jutta
Anell, Jens
Heck, Hartmut
Bohr, Alexander
Benter, Wolfgang
Götze, Hans-Georg
König, Volker
Tossing, Jens
Britten, Günter
Rummel, Marianne
Engel, Andrea

Anerkannte Jugendverbände:

als Mitglied:

Kreisjugendfeuerwehrverband
Trier-Saarburg e. V.
Krütten, Claudia

Bauern- und Winzerverband
Rheinland-Nassau e. V.
Hoffranzen, Carolin

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband
Trier-Saarburg
Dr. Zastra, Beate

Evangelische Jugend
Röhlich-Pause, Kerstin

als Stellvertreter:

Sportjugend Rheinland
Weltmann, Karin

Deutsches Rotes Kreuz
Feldhaus, Jan

Deutscher Gewerkschaftsbund
Koch, Antje

keine Benennung

Anerkannte freie Jugendhelfer:

als Mitglied:

Forum „Jugendhilfe“
Herres, Harald
Caritasverband Trier e. V.

Forum „Jugendhilfe“
Bauer-Fissini, Andrea
Lebensberatung Saarburg

Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband
Spitzley, Reinhold
Kinder-, Jugend- und
Familienhilfe Palais e. V.

Kinder-, Jugend und Familienhilfe
Palais e. V.
Botzet, Christian

als Stellvertreter:

Deutscher Jugendschutzbund
Moersdorf, Erika

Forum „Jugendhilfe“
Lang, Carsten
JHZ Don Bosco Helenenberg

Dt. Paritätischer Wohlfahrtsver-
band
Walgenbach-Anheier, Beate
Dt. Kinderschutzbund

keine Benennung

5.4. der Mitglieder des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Kreistagsfraktionen zur Wahl der Mitglieder und Stellvertreter für den Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien. Auf seine Rückfrage hin erklärt Kreis tagsmitglied **Dr. Meß** (Linke), dass Sie einen weiteren Wahlvorschlag unterbreiten wolle. Demnach liegen für die Wahl der Mitglieder die folgenden Wahlvorschläge vor.

Mitglied	Stellvertreter
<u>Vorschlag der CDU</u>	
Carduck, Johannes	Kohlmann, Sascha
Reiter, Franz-Josef	Geltz, Johannes
Thul, Markus	Wagner, Alexandra
Roth-Laudor, Jutta	Bohr, Alexander
Ollinger, Lutwin	Scherf, Hans-Joachim
<u>Vorschlag der SPD</u>	
Hess, Iris	Hippchen, Rolf-Peter
Gorges, Johannes	Metzdorf, Stefan
Dr. Milanese, Ulf	Schöller, Dana
<u>Vorschlag der FWG</u>	
Zimmer, Katharina	Engel, Andrea
<u>Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen</u>	
Quijano Burchardt, Sabina	Schiwek, Peter
<u>Vorschlag der FDP</u>	
Britten, Günter	Kirchartz, Uwe
<u>Vorschlag von Die Linke</u>	
Dr. Meß, Kathrin	keine Benennung

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	20
SPD	11
FWG	5
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
Die Linke	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die Landrat **Schartz** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	5 Sitze
SPD	2 Sitze
FWG	1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz
FDP	1 Sitz
Die Linke	1 Sitz

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) in den Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien gewählt sind:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Carduck, Johannes	Kohlmann, Sascha
Reiter, Franz-Josef	Geltz, Johannes
Thul, Markus	Wagner, Alexandra
Roth-Laudor, Jutta	Bohr, Alexander
Ollinger, Lutwin	Scherf, Hans-Joachim
Hess, Iris	Hippchen, Rolf-Peter
Gorges, Johannes	Metzdorf, Stefan
Zimmer, Katharina	Engel, Andrea
Quijano Burchardt, Sabina	Schiwek, Peter
Britten, Günter	Kirchartz, Uwe
Dr. Meß, Kathrin	keine Benennung

Aus dem Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion wurden die folgenden Vorgeschlagenen nicht gewählt:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Dr. Milanese, Ulf	Schöller, Dana

5.5. der Mitglieder des Bauausschusses und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag und die darin enthaltenen Änderungen bei der Benennung der FWG und der FDP im Hinblick auf die ursprüngliche Benennung. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>als Mitglied:</u>	<u>als Stellvertreter:</u>
Steier, Andreas	Ollinger, Lutwin
Bales, Erich	Holzemer, Wolfgang
Härtel, Holger	Benter, Wolfgang
Kohlmann, Sascha	Martini, Herbert
Ludwig, Andreas	Henter, Thomas
Schneiders, Helmut	Roßmann, Uwe
Steuer, Hans	Rommelfanger, Lothar
Schmitt, Achim	König, Volker
Porten, Bruno	Klever, Dieter
Port, Paul	Rummel, Marianne
Benzmüller, Gerd	Veit, Uwe

5.6. der Mitglieder des Agrar- und Weinbauausschusses und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des Agrar- und Weinbauausschusses in die darin enthaltenen Änderungen. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>als Mitglied:</u>	<u>als Stellvertreter:</u>
Thul, Markus	Köwerich, Nick
Bohr, Alexander	Bisenius, Clemens
Marx, Klaus	Wahlen, Klaus
Steffes, Barbara	Disch, Oswald
Luy, Hans-Josef	Scherf, Hans-Joachim
Rausch, Walter	Schmitt, Achim
Rommelfanger, Lothar	Bootz, Dirk
Burens, Peter	Glöckner, Frank
Junk, Claus	Minn, Otto
Port, Paul	Nabinger, Stephanie (MdL)
Portz, Kaspar	Sehr, Wolfgang

5.7. der Mitglieder des Sportausschusses und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Der **Vorsitzende** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter des Sportausschusses und die darin enthaltenen Änderungen hin. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>als Mitglied:</u>	<u>als Stellvertreter:</u>
Henter, Bernhard (MdL)	Marx, Bernd
Jakobs, Günter	Kohlmann, Sascha
Büdingen, Siegfried	Geltz, Johannes
Rohr, Josef	Thul, Markus
Heck, Hartmut	Ludwig, Andreas
Rausch, Walter	Ewald, Karl-Heinz
Hess, Iris,	Schmitt, Achim
König, Volker	Tossing, Jens
Jäger, Felix	Kruft, Josef
Safak, Karacam	Hertel, Wolfgang
Dellwing, Hans-Peter	Wagner, Josef

5.8. der Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Gesundheit und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die vorliegenden Wahlvorschläge. Diese lauten wie folgt:

Mitglieder	Stellvertreter
<u>Vorschlag der CDU</u>	
Zuche, Astrid	Schikora, Kerstin
Kohlmann, Sascha	Roth-Laudor, Jutta
Auler, Willi	Kanzler, Renate
Heck, Hartmut	Ollinger, Lutwin
Bamberg, Walter	Scheuer, Artur
<u>Vorschlag der SPD</u>	
van Eijck, Edith	Martin, Christel
Rommelfanger, Lothar	Hess, Iris
Götze, Hans-Georg	Roßmann, Uwe
<u>Vorschlag der FWG</u>	
Serowy, Dagmar	Holstein, Michael
<u>Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen</u>	
Beiler, Jürgen	von Schütz, Heide
<u>Vorschlag der FDP</u>	
Kruft, Josef	Britten, Günter
<u>Vorschlag von Die Linke</u>	
Dr. Meß, Kathrin	keine Benennung

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	20
SPD	11
FWG	5
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
Die Linke	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die der **Landrat** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	5 Sitze
SPD	2 Sitze
FWG	1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz
FDP	1 Sitz

Die Linke

1 Sitz

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit gewählt sind:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Zuche, Astrid	Schikora, Kerstin
Kohlmann, Sascha	Roth-Laudor, Jutta
Auler, Willi	Kanzler, Renate
Heck, Hartmut	Ollinger, Lutwin
Bamberg, Walter	Scheuer, Artur
van Eijck, Edith	Martin, Christel
Rommelfanger, Lothar	Hess, Iris
Serowy, Dagmar	Holstein, Michael
Beiler, Jürgen	von Schütz, Heide
Kruft, Josef	Britten, Günter
Dr. Meß, Kathrin	keine Benennung

Aus dem Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion wurden die folgenden Vorgeschlagenen nicht gewählt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Götze, Hans-Georg	Roßmann, Uwe

5.9. der Mitglieder des Umweltausschusses und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Der **Landrat** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag hin. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>als Mitglied:</u>	<u>als Stellvertreter:</u>
Neumann, Paul	Anell, Jens
Ludwig, Andreas	Heck, Hartmut
Dr. Adam, Egbert	Weber, Joachim
Wagner, Alexandra	Reh, Paul
Benter, Wolfgang	Hutmacher, Rosi
Roßmann, Uwe	van Eijck, Edith
Tossing, Jens	Stimmler, Ursula
Wagner, Matthias	Rausch, Walter
Schmitt, Hermann	Keilen, Marcel
Nabinger, Stephanie (MdL)	Kluth, Herbert
Friedrich, Norbert	Portz, Kaspar

5.10. der Mitglieder des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Landrat **Schartz** weist auf die vorliegenden Wahlvorschläge hin. Demnach liegen für die Wahl der Mitglieder des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr die folgenden Wahlvorschläge vor:

Mitglieder	Stellvertreter
<u>Vorschlag der CDU</u>	
Jungblut, Norbert	Benter, Wolfgang
Heck, Hartmut	Hülpes, Michael
Neumann, Paul	Jakobs, Hans
Hermes, Sascha	Biwer, Berthold
Weber, Joachim	Kohlmann, Sascha
<u>Vorschlag der SPD</u>	
Rausch, Walter	Schneiders, Helmut
Steuer, Hans	Ayl, Helmut
Schmitt, Edgar	Gorges, Johannes
<u>Vorschlag der FWG</u>	
Schlöder, Kathrin	Kinzer, Martin
<u>Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen</u>	
Quijano Burchardt, Sabina	Nabinger, Stephanie (MdL)
<u>Vorschlag der FDP</u>	
Geidies, Konrad	Kirchartz, Uwe
<u>Vorschlag der Piraten</u>	
Dr. Schroll, Karl-Georg	keine Benennung

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	20
SPD	11
FWG	5
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
Piraten	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die der **Landrat** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	5 Sitze
SPD	2 Sitze
FWG	1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz

FDP	1 Sitz
Piraten	1 Sitz

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) in den Ausschuss für den öffentlichen Personennahverkehr gewählt sind:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Jungblut, Norbert	Benter, Wolfgang
Heck, Hartmut	Hülpes, Michael
Neumann, Paul	Jakobs, Hans
Hermes, Sascha	Biwer, Berthold
Weber, Joachim	Kohlmann, Sascha
Rausch, Walter	Schneiders, Helmut
Steuer, Hans	Ayl, Helmut
Schlöder, Kathrin	Kinzer, Martin
Quijano Burchardt, Sabina	Nabinger, Stephanie (MdL)
Geidies, Konrad	Kirchartz, Uwe
Dr. Schroll, Karl-Georg	keine Benennung

Aus dem Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion wurden die folgenden Vorgeschlagenen nicht gewählt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Schmitt, Edgar	Gorges, Johannes

5.11. der Mitglieder des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie und ihrer Stellvertreter

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die vorliegenden Wahlvorschläge für die Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für Kreisentwicklung, Wirtschaft und Demographie:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
<u>Vorschlag der CDU</u>	
Ollinger, Lutwin	Steier, Andreas
Thiel, Simone	Paulus, Reinhardt
Heidrich, Lutz	Biwer, Berthold
Franzen, Markus	Sascha Kohlmann
Brittner, Otmar	Hülpes, Michael
<u>Vorschlag der SPD</u>	
Rommelfanger, Lothar	Ewald, Karl-Heinrich
Roßmann, Uwe	Schneiders, Helmut
Dr. Barley, Katarina (MdB)	Martin, Christel

geschlagenen nicht gewählt:

Mitglieder
Dr. Barley, Katarina (MdB)

Stellvertreter
Martin, Christel

5.12. der Mitglieder des Werksausschusses für die AÖR "Wasserversorgung Saar-Obermosel"

Protokoll:

Landrat **Schartz** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag zur Wahl des Werksausschusses der „Wasserversorgung Saar-Obermosel“ AÖR hin. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied:

Henter, Bernhard (MdL)
Steier, Andreas
Geltz, Johannes
Lutz, Martin
Benter, Wolfgang
Steuer, Hans
van Eijck, Edith
Ayl, Helmut
Gräsing, Lothar
Winter, Ewald
Benzmüller, Gerd

als Stellvertreter:

Ollinger, Lutwin
Roth-Laudor, Jutta
Härtel, Holger
Hutmacher, Rosi
Neuses, Klaus
Maximini, Alfons
Weinandi, Elisha
Mich, Yvonne
Momper, Hermann-Josef
Nabinger, Stephanie (MdL)
Fochs, Richard

5.13. der Mitglieder des Ausschusses für Gleichstellung und gesellschaftliche Integration

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied:

Roth-Laudor, Jutta
Kohlmann, Sascha
Schons, Rainer
Schikora, Kerstin
Olk, Anna
van Eijck, Edith

als Stellvertreter:

Thiel, Simone
Wagner, Nadine
Hutmacher, Rosi
Zender, Kilian
Neumann, Elisabeth
Zehren, Stephanie

Roßmann, Uwe
Martin, Christel
Marmann, Raimund
Dr. Meß, Kathrin
Britten, Günter

Schöller, Dana
Hess, Iris
Turan, Zeliha
Wehrheim, Martina
Turan, Zeliha

5.14. der Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Abfallwirtschaft im Raum Trier"

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Auf Rückfrage des Landrates werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied:

Henter, Bernhard (MdL)
Roth-Laudor, Jutta
Steier, Andreas
Neumann, Paul
Sahler-Fesel, Ingeborg (MdL)
Schäfer, Wolfgang
Porten, Bruno
Rummel Marianne
Piedmont, Claus

5.15. der Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Wirtschaftsförderung im Trierer Tal"

Protokoll:

Der **Vorsitzende** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag hin. Auf seine Rückfrage erklärt der **Kreistag**, dass keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht werden.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied:

Thiel, Simone
Klever, Dieter
Matter, Dominik

5.16. der Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes
"Sparkasse Trier"

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die vorliegenden Wahlvorschläge für die Mitglieder der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Sparkasse Trier“:

als Mitglied:

Vorschlag der CDU

Jakobs, Günter
Schmitt, Arnold (MdL)
Kohlmann, Sascha
Hülpes, Michael
Dixius, Jürgen
Biwer, Berthold

Vorschlag der SPD

Rausch, Walter
Steuer, Hans
van Eijck, Edith
Roßmann, Uwe

Vorschlag der FWG

Porten, Bruno
Roth, Medard

Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen

Sassen-Hammes, Katharina

Vorschlag der FDP

Görtz, Franz

Vorschlag Müller (parteilos)

Müller, Peter

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	20
SPD	11
FWG	5
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
Piraten	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die der **Landrat** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	6 Sitze
SPD	3 Sitze
FWG	2 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz
FDP	1 Sitz
Piraten	1 Sitz

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse Trier gewählt sind:

als Mitglied:

Jakobs, Günter
 Schmitt, Arnold (MdL)
 Kohlmann, Sascha
 Hülpes, Michael
 Dixius, Jürgen
 Biber, Berthold
 Rausch, Walter
 Steuer, Hans
 van Eijck, Edith
 Porten, Bruno
 Roth, Medard
 Sassen-Hammes, Katharina
 Görtz, Franz
 Müller, Peter

Aus dem Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion wurden die folgenden Vorgeschlagenen nicht gewählt:

Roßmann, Uwe

5.17. der Mitglieder der Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Region Trier

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf den vorliegenden Wahlvorschlag der Kreistagsfraktionen zur Wahl der Mitglieder und Stellvertreter für die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Region Trier.

Auf seine Rückfrage hin erklärt Kreistagsmitglied **Dr. Schroll** (Piraten), dass er einen weiteren Wahlvorschlag unterbreiten wolle.

Nachfolgend findet in der Zeit von 18:40 Uhr bis 18:53 Uhr eine Sitzungsunterbrechung statt.

Der Landrat stellt fest, dass für die Wahl der Mitglieder die folgenden Wahlvorschläge vorliegen:

Mitglieder

Stellvertreter

Vorschlag der CDU

Henter, Bernhard (MdL)
Dixius, Jürgen
Hülpes, Michael
Reiland, Wolfgang
Thiel, Simone

Dr. Frieden, Karl-Heinz
Jungblut, Norbert
Alten, Martin
Horsch, Christiane
Benzmüller, Gerd

Vorschlag der SPD

Steuer, Hans
Rausch, Walter

Schneiders, Helmut
Schmitt, Edgar

Vorschlag der FWG

Schlöder, Kathrin

Daleiden, Matthias

Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen

Port, Paul

Koller-Corban, Maria

Vorschlag der Piraten

Dr. Schroll, Karl-Georg

keine Benennung

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	23
SPD	11
FWG	5
Bündnis 90/Die Grünen	3
Piraten	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die Landrat **Schartz** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	5 Sitze
SPD	2 Sitze
FWG	1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz
Piraten	1 Sitz

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) gewählt sind:

Mitglieder

Henter, Bernhard (MdL)
Dixius, Jürgen
Hülpes, Michael
Reiland, Wolfgang
Thiel, Simone
Steuer, Hans

Stellvertreter

Dr. Frieden, Karl-Heinz
Jungblut, Norbert
Alten, Martin
Horsch, Christiane
Benzmüller, Gerd
Schneiders, Helmut

Rausch, Walter
Schlöder, Kathrin
Port, Paul
Dr. Schroll, Karl-Georg

Schmitt, Edgar
Daleiden, Matthias
Koller-Corban, Maria
keine Benennung

5.18. der Mitglieder des Verwaltungsrates der Trier.Saarburg-Werke (TSW AÖR)

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter A</u>	<u>Stellvertreter B</u>
Henter, Bernhard (MdL)	Steier, Andreas	Dr. Frieden, Karl-Heinz
Thul, Markus	Biwer, Berthold	Wagner, Alexandra
Kohlmann, Sascha	Neumann, Paul	Ollinger, Lutwin
Jungblut, Norbert	Thiel, Simone	Benter, Wolfgang
Heck, Hartmut	Hülpes, Michael	Basten, Franz-Peter
Roth-Laudor, Jutta	Bohr, Alexander	Bamberg, Walter
Sahler-Fesel, Ingeborg (MdL)	Rausch, Walter	Hess, Iris
Maximini, Alfons	Dr. Barley, Katarina (MdB)	Roßmann, Uwe
Schäfer, Wolfgang	Rommelfanger, Lothar	Schneiders, Helmut
Steuer, Hans	van Eijck, Edith	Hess, Iris
Daleiden, Matthias	Klever, Dieter	Kreisbeigeordneter Reis, Helmut
Schlöder, Kathrin	Porten, Bruno	Kreisbeigeordneter Reis, Helmut
Port, Paul	Nabinger, Stephanie (MdL)	Quijano Burchardt, Sabina
Busch, Bernhard	Piedmont, Claus	Benzmüller, Gerd

5.19. der Mitglieder der Trägerversammlung Jobcenter Trier-Saarburg

Protokoll:

Für die Besetzung der Trägerversammlung des Jobcenters Trier würde ein gemeinsamer Wahlvorschlag vorliegen, so Landrat **Schartz**. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge abgegeben.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied
Kohlmann, Sascha
Daleiden, Matthias
Sahler-Fesel, Ingeborg (MdL)

5.20. der Mitglieder der Gesellschafterversammlung und des Beirates der Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag für die Wahl der Mitglieder und Stellvertreter der Gesellschafterversammlung und des Beirates der Wirtschaftsförderung im Landkreis Trier-Saarburg. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Marx, Klaus	Hermes, Sascha
Kruft, Josef	Kirsten, Otmar
Martin, Christel	Körner, Rudolf

5.21. der Mitglieder des Kuratoriums des Vereins "Freilichtmuseum Roscheider Hof e.V."

Protokoll:

Für die Besetzung im Kuratorium des Vereins „Volkskunde- und Freilichtmuseum Roscheider Hof e. V.“ würde ein gemeinsamer Wahlvorschlag vorliegen, so der **Vorsitzende**. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge abgegeben.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied
Henter, Bernhard (MdL)
Röhlich-Pause, Kerstin
Maximini, Alfons

5.22. der Mitglieder der Jury zur Verleihung des Kunstpreises

Protokoll:

Der **Vorsitzende** informiert, dass ein gemeinsamer Wahlvorschlag vorliegen würde. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
Kohley, Tim	Roth-Laudor, Jutta
Serowy, Dagmar	Rößler, Otmar
Stimmler, Ursula	Mich, Yvonne

5.23. eines Mitgliedes für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsbund Region Trier

Protokoll:

Landrat **Schartz** informiert, dass gemäß der Regelung des § 3 Absatz 4 Satz 3 der Hauptsatzung des Landkreises die Mitglieder in der Verbandsversammlung Verkehrsbund Region Trier vom Kreistag aus den Mitgliedern des Ausschusses für den öffentlichen Personennahverkehr gewählt werden. Herr Gorges sei nach der vorangegangenen Wahl nicht mehr Mitglied im Ausschuss. Insofern sei eine erneute Wahl dieser Position erforderlich. Herr Gorges habe bereits im Vorfeld sein Einverständnis für eine Neubesetzung dieser Position erklärt.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) schlägt Herrn Hans Steuer (SPD) als Mitglied für die Verbandsversammlung Verkehrsbund Region Trier vor.

In der nachfolgenden Wahl wird Herr Hans Steuer durch den **Kreistag** einstimmig gewählt.

5.24. der Mitglieder des Aufsichtsrates der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf § 10 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrages der Kreiskrankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH, wonach der Landrat des Kreises Trier-Saarburg geborenes Mitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates sei. Die weiteren Mitglieder würden vom Kreistag gewählt und vom Landkreis entsendet. § 39 der Landkreisordnung gelte dabei entsprechend und sehe eine Neuwahl vor.

Weiterhin informiert der **Vorsitzende** über die bisherige Besetzung.

Daraufhin werden die nachfolgenden Wahlvorschläge geäußert:

als Mitglied:

Vorschlag der CDU
Schmitt, Dieter
Dixius, Jürgen
Dr. Frieden, Karl Heinz

Wagner, Alexandra

Vorschlag der SPD

van Eijck, Edith
Steuer, Hans

Vorschlag der FWG

Wößner, Heinz Alfred

Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen

Heide von Schütz

Vorschlag von der FDP

Britten, Günter

Vorschlag von Die Linke

Dr. Meß, Kathrin

Nachfolgend findet in der Zeit von 19:09 Uhr bis 19:32 Uhr eine Sitzungsunterbrechung statt.

Auf die jeweiligen Vorschläge entfallen folgende Stimmen:

CDU	22
SPD	10
FWG	4
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
Die Linke	3

Nach der Bestimmung des Wahlergebnisses ergibt sich die folgende Sitzverteilung, die der **Landrat** verliert (Zuteilungsverfahren):

CDU	4 Sitze
SPD	2 Sitze
FWG	1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen	Losentscheid
FDP	Losentscheid
Die Linke	Losentscheid

Landrat **Schartz** erklärt, dass für die Vergabe von zwei Sitzen per Los zu entscheiden sei.

Folgend findet ein Losentscheid statt. Die vom Kreistag in seiner Sitzung am 30.06.2014 zu Wahlhelfern berufenen Kreistagsmitglieder Jungblut (CDU) und Rausch (SPD) sind beim Losentscheid behilflich. Durch Losentscheid des Landrates werden die beiden Sitze wie folgt vergeben:

Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitz
FDP	0 Sitze
Die Linke	1 Sitz

Der **Landrat** stellt fest, dass die folgenden Mitglieder anhand der verteilten Stimmen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë/Schepers) und nach Losentscheid in den Aufsichtsrat gewählt sind:

als Mitglied:

Schmitt, Dieter
Dixius, Jürgen
Dr. Frieden, Karl Heinz
Wagner, Alexandra
van Eijck, Edith
Steuer, Hans
Wößner, Heinz Alfred
Heide von Schütz
Dr. Meß, Kathrin

6. Nochmalige Berufung zusätzlicher Mitglieder für den Beirat für Migration und Integration

Protokoll:

Der **Landrat** weist auf den vorliegenden gemeinsamen Wahlvorschlag für die durch den Kreistag zu berufenen Mitglieder für den Beirat für Migration und Integration hin. Auf seine Rückfrage hin werden keine weiteren Wahlvorschläge eingereicht.

Der gemeinsame Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen. Demnach sind gewählt:

als Mitglied

Andreas Steier
Kattinger, Michael
Elisha Weinandi

Auf Rückfrage des **Landrates** nehmen die **Anwesenden** die in heutiger Sitzung gewählten Mandate an.

7. Atomtransporte durch die Region Trier-Saarburg (Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 06.03.2015)
Vorlage: 0117/2015/1

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung, den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion und den darin formulierten Beschlussvorschlag. Zudem begrüßt er Herrn Thommes als stellvertretenden Kreisfeuerwehrinspekteur und Herrn Molitor als Brandoberinspektor zur Beratung.

Der Kreistag könne sicherlich eine Meinungsbildung durchführen und entsprechende Entscheidungen treffen. Jedoch sei fraglich, inwieweit eine

rechtliche Verbindlichkeit dieser Maßnahmen bestehe.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass der Landkreis nicht für die Genehmigung der Urantransporte zuständig sei, sondern die Zuständigkeit liege bei dem Bundesumweltministerium und dem Eisenbahnbundesamt.

Jedoch obliege dem Landkreis Trier-Saarburg eine Sorgfaltspflicht gegenüber der Bürger, die im Landkreis leben. Jeder einzelne Transport, der durch den Landkreis führe, versetze die Bevölkerung und die Natur in eine unnötige Gefahrenlage. Genau diese Gefahren wollten die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr hinnehmen. Folgend erinnert sie an einen Zwischenfall in 2009, der sich in der Nähe von Perl ereignet habe. Die Konsequenzen bei einem Unfall könne sich jeder ausmalen, da die Uranverbindungen pulverförmig und leicht einzuatmen seien. Weitergehend würden sich Haftungsfragen stellen, denn die Transporte seien vom EU-Haftungsrecht ausgenommen, was bedeute, dass der Landkreis selbst die Kosten tragen müsse. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, so Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen), dass sich der Landkreis Trier-Saarburg gegen diese Transporte ausspreche. Auch sei es unverständlich, warum die Transporte durch die Region und überhaupt durch Rheinland-Pfalz und Deutschland als Transitland führen müssen. Der Zielort dieser Transporte in Frankreich liege nicht unweit von einem Hafen entfernt, so dass der Transport gänzlich über Wasser durchgeführt werden könne, anstelle über Land und durch den Landkreis Trier-Saarburg. Deutschland habe den Atomausstieg beschlossen, aber werde trotzdem noch als Transitland und als Umschlagplatz für den Urantransport genutzt. Diese Urantransporte sicherten außerdem den Weiterbetrieb des Atomkraftwerkes in Cattenom. Diese Urantransporte gehen von Hamburg über Köln und Koblenz, durch den Landkreis nach Frankreich in die Brennstabproduktion für das Atomkraftwerk in Cattenom. Wer den heutigen Antrag gegen die Urantransporte durch unsere Region nicht unterstützen würde, fördere gleichwohl den Weiterbetrieb des Atomkraftwerkes Cattenom mit seinen Schrottreaktoren. Es sei wichtig, mit einem heutigen Beschluss und der Zustimmung zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion ein klares Zeichen gegen die Urantransporte durch die Region zu setzen.

Kreistagsmitglied **Steier** (CDU) erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion darum bitte, keine unnötige Angst zu schüren. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Beratung im Kreisausschuss, bei denen der ehemalige Kreisfeuerwehrenspekteur Sihr anwesend gewesen sei. Er habe informiert, dass die Gefahren durch den Atomtransport nicht so gravierend seien, wie eben gerade dargestellt. Der Landkreis sei gut vorbereitet durch die Rettungskräfte und die Feuerwehr mit einem Gefahrgutzug. Im Hinblick auf die Zuständigkeit informiert Kreistagsmitglied **Steier** (CDU), dass der Landkreis Trier-Saarburg diesbezüglich keine Kompetenz inne habe. Vielmehr sei die Landesregierung und insbesondere die Struktur- und Genehmigungsdirektion zuständig für den Transport sonstiger radioaktiver Substanzen. Hier gebe es auch konkrete Aussagen der Landesregierung. Zudem verweist er auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Arnold

Schmitt vom 18.06.2014, in der die Zuständigkeit im Land abgefragt wurde. Dazu zitiert er im Hinblick auf den weniger gefährlichen Transport von sonstigen radioaktiven Stoffen wie folgt:

„In Rheinland-Pfalz seien die Struktur- und Genehmigungsdirektionen für die Erteilung von Genehmigungen zur Beförderung sonstiger radioaktiver Stoffe zuständig.“

Das bedeute, dass der Kreistag diesbezüglich keine Handhabe habe. Auch im Hinblick auf das von der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion genannte Uranhexafluorid verweist er auf die Anfrage des Landtagsabgeordneten Arnold Schmitt vom 18.06.2014. In der Beantwortung der Anfrage werde eindeutig geregelt, dass die Behörden im Land keinen Ermessensspielraum haben. Dieses Gremium sei somit nicht zuständig. Zu den möglichen Gefahren teilt er weiterhin erläuternd mit, dass es eindeutige Regelungen für die Beurteilung der Schwere der Stoffe gebe. Zur Vermeidung von Gefahren sei eine Regelung von Sicherheitsmaßnahmen mit hohen Anforderungen für den Transport auf der Straße durch das Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße festgelegt. Die Eisenbahnbeförderung von gefährlichen Gütern sei zudem mit zusätzlich höheren Sicherheitsstandards definiert. Aus diesem Grunde und wegen der fehlenden Zuständigkeit sehe sich die CDU-Kreistagsfraktion nicht in der Lage, dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion zuzustimmen. Vielmehr weise die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag an die Landesregierung weiter.

Kreistagsmitglied **Dr. Barley** (SPD) erklärt, dass die Atomkraft eine Thematik sei, in der sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen traditionell in ihrer Auffassung grundsätzlich sehr nahe seien. Die Atomenergie sei nicht beherrschbar und dazu gehören natürlich auch im gewissen Maße die Atomtransporte, sowohl der Grundstoffe als auch des Abfalls. Die Politik im Landkreis sei dazu aufgerufen, sich den Gefahren zu stellen und diese wahrzunehmen, welchen die Bevölkerung ausgesetzt sei.

Mit diesem Antrag werden weder die Atomenergie noch die Transporte durch den Landkreis gestoppt werden, so Kreistagsmitglied **Barley** (SPD). Jedoch vertrete sie die Meinung, dass von allen Seiten und allen Ebenen und so auch von der Kommunalen Ebene, immer wieder die Aufmerksamkeit auf dieses Thema gelenkt werden sollte, um auch den Weiterbetrieb des Atomkraftwerkes in Cattenom zu bedenken und die Sicherheitsbedingungen stärker zu beachten.

Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion zu den Atomtransporten durch die Region Trier-Saarburg zustimmen.

Kreistagsmitglied **Schlöder** (FWG) stellt heraus, dass das Thema wichtig sei, um Schaden von der Bevölkerung und der Umwelt fern zu halten. Deshalb sei der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion zu begrüßen. Jedoch sei verwunderlich, dass der Antrag im Kreistag gestellt wurde, der in dieser Angelegenheit nicht zuständig sei. Deshalb sei es verfassungsrechtlich bedenklich, wenn der Kreistag hierzu einen Beschluss fassen würde, obwohl das Land und der Bund zuständig seien.

Sie merkt an, dass der Atomausstieg erklärtes Ziel sei und es gelte, den

Ausstieg vernünftig abzuwickeln. Auch bei dem Atomausstieg seien nachfolgende Atomtransporte notwendig. Zudem habe sie feststellen können, dass der Antrag nicht mit dem Kreistagsmitglied und der Landtagsabgeordneten Nabinger abgesprochen sei, welche am 08.03.2012 eine anderslautende Pressemitteilung herausgegeben habe. Folgend zitiert sie, dass Frau Nabinger im Bezug auf die Meldepflicht von Urantransporten mitgeteilt habe, dass die Rot/Grüne-Landesregierung die regionalen Feuerwehren und Sicherheitskräfte über Urantransporte vorab informieren werden. Zudem habe Frau Nabinger die zügige Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen begrüßt. Die zuständigen Aufgabenträger der lokalen Sicherheitskräfte und des Brand- und Katastrophenschutzes würden zukünftig über die genauen Routen und Zeitfenster der Urantransporte in Rheinland-Pfalz informiert werden. Auf Grund der besonderen chemischen-, physikalischen- und radiologischen Gefährlichkeit werde die Fahrstrecke vorab den betroffenen Polizeidirektionen, Feuerwehren und dem Katastrophenschutz weitergeleitet. Die Informationspflicht bei Urantransporten sei ein grüner Verhandlungserfolg des Koalitionsvertrages. Die erhebliche Anzahl der Urantransporte im Land könne durch die Information über Fahrstrecken effektiver überwacht werden. Außerdem sehe die Maßnahme vor, dass Katastrophenschutzübungen mit allen Aufgabenträgern durchgeführt werden.

Die inhaltliche Tragweite des Antrages sei gut, die Beschäftigung über den Umgang der Fachkräfte mit dem Gefahrguttransport sei angebracht, aber der Beschlussvorschlag sei auf Grund der fehlenden Zuständigkeit nicht zu fassen. Sinn und Zweck könne nur sein, das Gefahrenpotenzial zu erkennen. Dieses müsse von den zuständigen Stellen überwacht werden und entsprechende Katastrophenschutzübungen müssten durchgeführt werden. All dies sei geregelt. Die FWG-Kreistagsfraktion werde den Antrag ablehnen.

Kreistagsmitglied **Busch** (FDP) erklärt, dass bereits viele Aspekte durch seine Vorredner benannt worden seien. Die Zuständigkeiten seien geregelt und die Vorbereitungen, die der Landkreis treffen könne, seien bereits getroffen. Die Alarm- und Einsatzpläne seien aufgestellt und die Feuerwehr- und Katastrophenschutzseinheiten seien für einen Zwischenfall vorbereitet und in die Einsatzpläne involviert. Die Atompolitik sei auf nationaler Ebene und auf Ebene der EU zu beraten. Deshalb sei es wenig hilfreich auf kommunalen Ebenen einen Antrag zu stellen, der nichts bewirke. Es sei wichtig, die exponierte Lage und die Nähe zu Cattenom und die dadurch entstehende besondere Situation in der Region in alle Richtungen darzustellen. Das eigentliche Problem sei die Atompolitik in Frankreich, woran alle Überlegungen und Ansätze scheitern würden. Allerdings könnte auch innerhalb von Deutschland die Atompolitik sinnvoller gestaltet werden, um eine bessere Koordination zu erreichen, die oftmals fehle. Der Ausstieg aus der Atomenergie sei auf allen Ebenen gewünscht. Jedoch seien dafür Ersatzlösungen notwendig. Daran müsse gearbeitet werden. Die Landkreise und Verbandsgemeinden versuchen die Energiewende voranzutreiben, scheitern jedoch oftmals an verschiedenen Problemstellungen. Dies sei aus seiner Sicht ein konstruktiver Beitrag, um die Energiewende in Deutschland, auch im Sinn der Wirtschaft, zu ermöglichen. Die FDP-

Kreistagsfraktion sehe dies jedoch nicht in diesem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion und könne ihm demnach nicht zustimmen.

Kreistagsmitglied **Müller** (Parteilos) erklärt, dass er den Antrag für sinnvolle erachte, wenn nun auch dadurch keine Änderung möglich sei. Der Antrag habe dazu geführt, dass das Thema in der heutigen Kreistagssitzung beraten worden sei. Fraglich sei, ob es Entschädigungen für die Transferleistungen gebe, wenn ein solcher Transport durch Rheinland-Pfalz durchgeführt werde.

Die Frage von Kreistagsmitglied Müller (Parteilos) kann leider nicht durch die Anwesenden beantwortet werden.

Zunächst sei grundsätzlich fraglich, was dran falsch sein könne, die Welt verbessern zu wollen, so Kreistagsmitglied **Dr. Meß** (Linke). Weiterhin stelle sich für sie die Frage, warum sich der Kreistag nicht nach Außen entgegen der Atomtransporte äußern dürfe. Dazu schlage sie vor, eine Pressemitteilung durch die Kreisverwaltung zu veranlassen, in der erklärt werde, dass zumindest eine Verminderung dieser Transporte gewollt sei. Ihre Partei würde sich einem kommunalen Bündnis, wie von der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion gefordert, anschließen. Dieses Bündnis solle bei der Landesregierung und den zuständigen Stellen darauf hinwirken, dass die Atomtransporte eingestellt oder massiv reduziert werden. Zusätzlich sollte durch ein solches Bündnis Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, denn durch die Nukleartransporte in Verbindung mit dem Betrieb von Atomkraftwerken und der Produktion von Atomwaffen stellten seit Jahren entlang der Transportwege ein erhebliches Risiko für die Menschen dar. Zudem seien die Sicherheitsbedingungen für Atomtransporte nicht ausreichend. Weiterhin weist sie, trotz Meldepflicht, auf geheime Transporte hin.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) stellt klar, dass die UF 6-Transporte nunmehr auch Dank Frau Nabinger und der Initiativen der Bündnis 90/Die Grünen und der SPD auf Landesebene meldepflichtig seien. Jedoch würde sich der Antrag der Fraktion insbesondere auf die anderen Transporte beziehen, welche nicht meldepflichtig seien. Es gebe einen ausgeweiteten und erprobten Einsatzplan, der aber noch nicht vorgestellt sei. Jedoch sollte sich der Kreistag, auch wenn er nicht direkt zuständig sei, mit der Angelegenheit befassen, da die Region bei einem Zwischenfall in jedem Falle betroffen sei. Deshalb solle der Landkreis aktiv werden und sich damit befassen.

Der **Landrat** bestätigt, dass der Landkreis unter dem Aspekt Sicherheit der Bevölkerung immer gefordert und in vielen Dingen zuständig sei. Die Sachverständigen aus der Feuerwehr weisen immer darauf hin, dass auf den Straßen viele Gefahrstoffe transportiert werden, die auch gefährlich seien und bei denen nicht so hohe Anforderungen an die Sicherheit gestellt werden. Insofern müsse die Thematik breiter betrachtet werden. Ein sicherheitspolitisches Interesse wolle er in keinem Falle abstreiten.

Auch sei die Position gegenüber Cattenom eindeutig. Weiterhin verweist er auf die Beratungen im Kreisausschuss und die Informationen durch den Kreisfeuerwehrinspekteur in dieser Sitzung. Folgend informiert er, dass von Seiten der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion nach der Sitzung des Kreisausschusses eine Ergänzung zum Antrag vorgelegt worden sei. Folgend verliest der **Vorsitzende** den dort benannten Resolutionstext (Anlage 2).

Brandoberinspektor **Molitor** bestätigt nochmals die Aussagen des ehemaligen Kreisfeuerwehrinspektors in der Sitzung des Kreisausschusses am 29.06.2015, wonach ein Mehrwert von einer weitergehenden Meldepflicht der Transporte im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz nicht gesehen werde. Die Meldungen würden auf der Leitstelle vorliegen und wenn nun ein Transport verunglücken würde, könnte wegen des täglichen hohen Verkehrsaufkommens auf Grund der Meldung nicht eindeutig festgestellt werden, dass es sich um einen Atomtransport handle. Letztlich würde dadurch eine unnötige Informationsdichte entstehen.

Auf Rückfrage von Kreistagsmitglied **Kohlmann** (CDU) informiert der stellvertretende Kreisfeuerwehrinspekteur **Thommes**, dass es eine ganze Reihe an Transporten gebe, wobei mehrere Gefahrgüter auf einem Lastkraftwagen verladen werden. Oftmals sei die Konstellation der Stoffe unklar und aus der Kennzeichnung der Gefahrguttafel nicht ersichtlich. Dadurch können durchaus gefährlichere Transporte entstehen, die bei einem Unfall auftreten können.

Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) erklärt, dass die Diskussion, welcher Transport nunmehr der gefährlichere sei, nicht zielführend sei. Die SPD-Kreistagsfraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag, welcher den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurde, zustimmen.

Kreistagsmitglied **Barley** (SPD) schließt sich ihrer Vorrednerin an und erklärt ebenfalls, dass es nicht zielführend sei abzuwägen, welcher Transport gefährlicher sei. Die Atomtechnologie birge für sich betrachtet, ein eigenständiges Gefahrenpotenzial, über das isoliert beraten werden könnte. Auch habe der Kreistag in der Vergangenheit schon mehrfach Resolutionen gegen das Atomkraftwerk Cattenom, an die Französische Regierung gerichtet, beschlossen. Bei der heutigen Resolution handle es sich vielmehr um eine Resolution an die eigene Regierung.

Daraufhin fasst der **Kreistag** den nachfolgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Landkreis Trier-Saarburg lehnt den Transport insbesondere Transittransporte von Kernbrennstoffen und seinen Vorprodukten, Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid (UF-6), sowie radioaktive Abfallprodukten aus Atomanlagen über den Landkreis Trier-Saarburg ab. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, diese ablehnende Haltung der Landesregierung RLP, dem Bundesamt für Strahlenschutz, dem Eisenbahnbundesamt und den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Städte- und Gemeinde-

bund RLP) vorzutragen. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit anderen von Atomtransporten betroffenen Kommunen ein kommunales Bündnis gegen Atomtransporte einzugehen. Dieses Bündnis soll bei der Landesregierung RLP und den zuständigen Stellen darauf hinwirken, dass diese Atomtransporte eingestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 14 Ja-Stimmen, 29 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

8. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende mit einem Dank an die Teilnehmer den öffentlichen Teil der Sitzung.

Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird eine separate Niederschrift erstellt.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)
Landrat

Der Protokollführer:

(Christine Inglen)
Kreisinspektorin